

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinwendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 24. Mai 1930

34. Jahrgang

Nummer 21

Die Lohnbewegungen im Steinarbeiterverband, Jahr 1929

Das Jahr 1929 war, um es vorweg zu betonen, ein Krisenjahr für den größten Teil der Natursteinindustrie. Die bereits zu Ende des Jahres 1928 einsetzende Konjunkturabschwächung hat sich im Jahre 1929 in verschärfter Maße fortgesetzt. Die ungeklärte Lage über das Reparationsabkommen und die Geldknappheit der Kommunen und Baubehörden, die durch die vom früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht verfügte Sperre für kommunale Auslandsanleihen wesentlich verschärft wurde, wirkte sich äußerst ungünstig auch für die Natursteinindustrie und den Straßenbau aus. Kommunen und Baubehörden waren dadurch gezwungen, alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zurückzustellen. Die weitere Einschränkung des bisher schon ungenügend betriebenen Straßenbaues und die Verdrängung der Natursteinprodukte durch Ersatzstoffe auf Straßen und an Bauten war die Folge. Anjere Hoffnung, daß die lange, durch die große Kälte bedingte Auslieferung für die übrige Jahreszeit unseren Kollegen eine einigermaßen gesicherte Beschäftigung in der übrigen Jahreszeit bieten würde, erfüllte sich nicht. Nach Ueberwindung des Winters ging die Arbeitslosigkeit zwar zurück, die Belegung der Industrie blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück. Im zeitigen Herbst setzten bereits wieder umfangreiche Entlassungen ein. Ende September waren bereits 12,9 Prozent und Ende Dezember sogar 58,3 Prozent aller Verbandskollegen arbeitslos, trotz des gelinden Wetters, das eine ununterbrochene Tätigkeit für alle Berufsgruppen der Steinindustrie ermöglicht hätte. Diese ungünstige Wirtschaftslage wurde von unseren sozialen Gegenspielern weidlich genutzt, um der notwendigen Kaufkraftsteigerung der Arbeitnehmer entgegenzuwirken; Senkung der Besteuern, Einschränkung der Sozialversicherung und der öffentlichen Wirtschaft, sowie Senkung der Löhne war und ist noch heute deren Lösung. Nach der bekannten

Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie, „Aufstieg oder Niedergang“ leben Staat, öffentliche Wirtschaft und Arbeitnehmer weit über die Verhältnisse. Es wird darin die Auffassung vertreten, daß erst dann, wenn Staat, öffentliche Wirtschaft und Arbeiterschaft auf schmale Kost gesetzt sind, die Wirtschaft einen neuen Antrieb erhält und die Arbeitslosigkeit vermindert wird. Die Verfasser der Denkschriften sowie deren Verteidiger übersehen dabei gänzlich, daß die große Arbeitslosigkeit in erster Linie auf die vielfach übersteigerte Rationalisierung und auf die fehlende Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger zurückzuführen ist und daß hier nur Preisentzug oder Lohn-erhöhung die Abnahmmöglichkeit und damit die Wirtschaft beleben kann. Noch ungünstiger muß sich die geforderte Kürzung der Mittel für die Kommunen und sonstigen Körperschaften auswirken, die die größten Auftraggeber der Gesamtindustrie und fast die alleinigen für den größten Teil der Steinindustrie und des Steinseghewerbes darstellen. Trotzdem wird von den Steinindustriellen die Denkschrift der Vereinigten Arbeitgeberverbände warm unterstützt.

Aus der vorstehend aufgezeichneten allgemeinen Einstellung wird ersichtlich, daß trotz der regen Verbandstätigkeit die Bewegungen zur Verbesserung der Lebenslage nicht überall zu einem befriedigenden Ergebnis führten. Ingesamt wurde dem Verbandsvorstand über 235 Bewegungen berichtet, die sich auf 5128 Betriebe mit 121 611 Beschäftigten erstreckten. Einige Bewegungen konnten leider nicht erfaßt werden, weil ein Teil Ortsverwaltungen, die ihre Bewegungen selbständig führen, es noch immer nicht für notwendig hält, darüber zu berichten. Die mangelnde Berichterstattung, die übrigens bei allen statistischen Erhebungen zum Ausdruck kommt, ist in diesem Falle um so beklagenswerter, weil dadurch eine lückenlose Erfassung des im Vorjahre Erreichten nicht möglich ist. Diese mangelhafte Berichterstattung, die zum Teil nur auf eine gewisse Bequemlichkeit zurückzuführen ist, möchte endlich abgestellt werden. Ueber Zahl und Umfang der gemeldeten Bewegungen geben nachstehende Tabellen Aufschluß:

Die Arbeitsnot in der Natursteinindustrie

Wir haben bereits in Nr. 20 des „Steinarbeiter“ und in vorhergehenden Nummern auf die dauernden Anregungen aus den Berufskreisen (Unternehmer und Arbeiter) hingewiesen, die von den maßgebenden Regierungsstellen und ebenföhlchen Baubehörden eine größere Berücksichtigung der Natursteinindustrie wünschenswerten. Alle diese Anregungen sind durchaus begründet in der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Natursteinindustrie, und es ist nur zu begrüßen, daß die ihr Angehörigen und Verantwortlichen sich immer mehr rühren und in der Gesamtheit für die Gesamtheit dieser Industrie dringend für eine bessere Beachtung der deutschen Natursteinindustrie eintreten. Kurz nach Redaktionsschluß der Nummer 20 kam uns zur Kenntnis, daß nunmehr auch der Reichsverband der deutschen Steinindustrie (die Spitzenorganisation der 10 selbständigen Unternehmerverbände in der Natursteinindustrie) an alle 10 Reichsministerien eine knapp aber gut begründete Eingabe mit dem Stichwort: „Notlage der deutschen Natursteinindustrie und des deutschen Steinmehhandwerks“ gerichtet hat. Jede Erwerbsgruppe bzw. Gewerkschaft findet in dieser Eingabe entsprechende Erwähnung. Wenn wir auch mit einzelnen Wendungen und Schutzschlußfolgerungen in dieser Eingabe für die gesamte Natursteinindustrie nicht einig gehen, so aber doch mit der allgemeinen Tendenz dieser Eingabe. Die Lage in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau ist, ohne Uebertreibung, wirklich katastrophal. Einige neue Jahrgänge aus unseren eigenen monatlichen Verbandserhebungen mögen das beweisen:

Anfang Mai 1930 waren von 58391 gemeldeten Verbandsmitgliedern 24152 = 41,4 Prozent arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit im Steinseghewerbe war sogar noch etwas höher, nämlich 44,1 Prozent, während der Prozentsatz aus der Steinarbeitergruppe „nur“ 40,5 beträgt!

Ein Vergleich mit der Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder im gleichen Monat der Vorjahre ergibt:

Monat	1927	1928	1929	1930
Prozent	3,6	4,1	11,7	41,4

Wir befinden uns also ohne jede Schwarzmalerei, beruflich gesehen, in einer wirklich katastrophalen Krise, die sich in einzelnen Arbeitsgebieten noch verheerender auswirkt, als es die Gesamtziffern erkennen lassen. Die Arbeitslosigkeit, nach den Landesarbeitsamtsgebieten betrachtet, zeigt das erschreckende:

Land	Prozent	Land	Prozent
Rheinland	61,2	Niederrhein	34,9
Sachsen	57,6	Hessen	32,6
Pommern	49,0	Nordmark	30,5
Brandenburg	43,3	Bayern	28,0
Sachsen	43,2	Südwestdeutschland	27,5
Westfalen	41,4	Niedersachsen	26,4
Mitteldeutschland	41,3		

Die vorstehenden Zahlen reden eine deutliche Sprache, angesichts dessen den maßgebenden Behörden eine gewisse Pflicht zum Eingreifen erwächst!

Unser Zentralverband ist neuerdings zum wiederholten Male ebenfalls mit einer Sonderingabe an die Reichsministerien heranzutreten, um die Notlage der Industrie vom Arbeiterstandpunkt aus zu beleuchten. Hoffen wir, daß in Verbindung mit alledem, was bisher schon unternommen wurde, der großen Notlage in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau endlich gesteuert wird.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Natursteinindustrie und des mit ihr in der Weiterverarbeitung verwandten Steinstraßenbaues ist vor allem in deren Bodenständigkeit begründet. In den großen Steinbruchgebieten Deutschlands ist die Beschäftigung in der Steingewinnung und Steinbearbeitung fast durchweg der einzige sich bietende Erwerbszweig für die dortige Bevölkerung. Dann ist im weiteren das reichliche, unerschöpfliche Gesteinsvorkommen jeder Art in Deutschland ein sehr wichtiges volkswirtschaftliches Moment. Jede Einfuhr von natürlichem Gestein müßte sich daraus ganz von selbst verbieten. Nur umgehende Arbeitsaufträge für Bauten und Straßen können die Natursteinindustrie vor dem drohenden Verfaulen retten. Eine dauernde Erinnerung der Bauverantwortlichen im weitesten Sinne wird der kulturellen Bedeutung der Werke aus Naturstein nur dann gerecht, wenn sich künftig daraus eine größere Verwendung von Naturstein herleitet.

in vollem Umfang abzuwehren. Sie mußten eine Lohnsenkung von 1,67 Mark pro Woche über sich ergehen lassen.

An Kosten verursachten die Bewegungen insgesamt 164 584,29 Mark. Hiervon entfallen 141 064,15 Mark auf die Finanzierung der Lohnkämpfe und der restliche Teil auf die Auslagen für die Tarifkommissionsmitglieder.

Recht interessant sind die Angaben über die Art der Erledigung der Bewegungen. Danach wurden 76 durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien, 27 durch Vereinbarung und 26 durch Schiedspruch vor den tariflichen Schlichtungsinstanzen. Vor besonders vereinbarten Schlichtungsinstanzen fanden 6 Bewegungen durch Vereinbarung und 19 durch Schiedspruch ihre Erledigung. Von den behördlichen Schlichtungsinstanzen wurden 38 Bewegungen durch Vereinbarung und 11 durch Schiedspruch erledigt. In 9 Fällen wurde die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs beantragt; hiervon wurde jedoch in Nachverhandlungen bei 6 eine Verbindlichkeit gefunden. Die Verbindlichkeitserklärung wurde dann in den drei restlichen Fällen ausgesprochen. Recht wertvoll sind ferner die Berichte über die Artufung der einzelnen Instanzen. Das Schlichtungsverfahren wurde auf Antrag der Arbeitnehmer eingeleitet in 37, auf Antrag der Arbeitgeber in

A. Bewegungen ohne Arbeitseinstellung							
	Bewegungen fanden statt				Darunter durch Ablauf bzw. Kündigung von Tarifverträgen		
	in Fällen	in Orten	in Betrieben	mit Beschäftigten	in Fällen	in Betrieben	mit Beschäftigten
a) Angriffsbewegungen	189	945	4606	99 174	183	920	98 884
b) Abwehrbewegungen	22	71	418	19 052	22	71	19 052
	211	1016	5024	118 226	205	991	117 936
B. Bewegungen mit Arbeitseinstellung (Streiks und Ausperrungen)							
c) Angriffsbewegungen	14	70	78	2 150	12	70	1 930
d) Abwehrbewegungen	10	22	26	1 235	8	19	1 165
	24	92	104	3 385	20	89	3 095
Bewegungen insgesamt	235	1108	5128	121 611	225	1080	121 031

Nach dieser Aufstellung waren 1108 Orte mit 121 611 Beschäftigten an den Bewegungen beteiligt. Davon entfallen: 203 in 4684 Betrieben mit 101 320 Beteiligten auf Angriffsbewegungen und 32 in 444 Betrieben mit 20 287 Beteiligten auf Abwehrbewegungen. Zu Streiks führten 24 Bewegungen, und zwar 14 Angriffsbewegungen und 10 Abwehrbewegungen mit insgesamt 3385 Beteiligten.

Die Ursache der Bewegungen war in 201 Fällen Lohnforderungen unsererseits und in 32 Fällen Lohnsenkungsabsichten der Arbeitgeber. In weiteren zwei Fällen handelte es sich um eine Verkürzung der Arbeitszeit und die Abwehr einer

Mahregelung. Die Ursachen lassen gleichzeitig die rege Tätigkeit und den ersten Willen des Verbandes zur Hebung der Lebenslage der Verbandsmitglieder erkennen. Leider finden seine Bestrebungen nicht überall den notwendigen Widerhall, denn viele Kollegen stehen noch abseits; sie ernten nur, was andere säen. Das Verhältnis der Organisierten zu den an den Bewegungen Beteiligten ist sehr unbefriedigend. Die Unorganisierten in das Heer der Vorwärtstrebenden einzugliedern, bleibt eine dauernde Aufgabe aller Verbandsmitglieder.

Ueber die Resultate der Lohnbewegungen unterrichtet nachstehendes:

A. Es wurde erreicht									
Durch die Bewegungen	Arbeitszeitverkürzung		Lohnerhöhung				insgesamt		Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Personen
	für Personen (Zahl)	zusammen Stunden pro Woche	für männliche Personen	zusammen Mark pro Woche	für weibliche Personen	zusammen Mark pro Woche	für Personen (Zahl)	zusammen Mark pro Woche	
Ohne Arbeitseinstellung	350	700	68 191	138 868,66	563	618,60	68 755	139 487,26	220
Mit Arbeitseinstellung (Streiks und Ausperrungen)	—	—	1 432	5 153,26	21	77,54	1 452	5 230,80	32
Zusammen	350	700	69 624	144 021,92	584	696,14	70 207	144 718,06	252
B. Es wurde abgewehrt									
Durch die Bewegungen	Arbeitszeitverkürzung		Lohnreduktion				Mahnregelungen für Personen	Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für Personen	
	für Personen (Zahl)	zusammen Stunden pro Woche	für männliche Personen	zusammen Mark pro Woche	für weibliche Personen	zusammen Mark pro Woche			für Personen (Zahl)
Ohne Arbeitseinstellung	—	—	19 010	45 007,70	42	78	19 052	45 085,70	—
Mit Arbeitseinstellung (Streiks und Ausperrungen)	—	—	954	3 158,40	—	—	—	—	1
Zusammen	—	—	19 964	48 166,10	42	78	19 052	45 085,70	1

Danach hatten von den 121 611 an der Bewegung Beteiligten Erfolg in Form von Lohnerhöhungen 70 208 Kollegen und Kolleginnen, 350 Kollegen konnten die Arbeitszeit um 2 Stunden wöchentlich ermäßigen und weitere 252 Kollegen bekamen Verbesserungen ihrer sonstigen Arbeitsbedingungen. Die erzielten Lohnerhöhungen betragen insgesamt 144 718,06 Mark pro Woche.

Die einzelnen Zulagen bewegen sich in Höhe von 50 Pfennig bis 9,05 Mark wöchentlich, oder im Durchschnitt auf die Gesamtzahl der Beteiligten 2,06 Mark pro Kopf und Woche. Die den Kollegen zugeachteten Lohnverschlechterungen konnten fast restlos abgewehrt werden! Nur 281 Kollegen war es nicht möglich, die ihnen zugeachtete Lohnsenkung

Die Arbeitsmarktlage in der sächsischen Steinindustrie seit Januar 1930

Der Zeitschrift Nr. 19 „Der Arbeitsmarkt in Sachsen“ vom 6. Mai entnehmen wir die folgenden Angaben:

Im Oktober 1929 hatte im Landesarbeitsamt Sachsen eine Sitzung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Verbände der Steinindustrie stattgefunden, um eine zweckmäßigere Verteilung der öffentlichen Aufträge zu erwirken. Es ist bereits in „Arbeitsmarkt in Sachsen“, 9. Jahrgang, Nr. 11, berichtet worden, daß wesentliche Auswirkungen bisher auf dem Arbeitsmarkt noch nicht zu spüren waren. Die Lage in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken, in denen die Industrie der Steine und Erden zu den vorherrschenden Berufsgruppen des Bezirks gehört, gestaltete sich in den ersten Monaten des Jahres 1930 folgendermaßen:

Von den rund 4000 Beschäftigten in der Bauener Steinindustrie wurden Arbeitsuchende gezählt: Mitte des Monats Januar 1499 (im Vorjahre 1194), Februar 1621 (1310), März 1602 (2103), April 1664 (851). Der Eingang der Aufträge war bisher so gering, daß die Industrie ständig zu Einschränkungen gezwungen wurde. Noch im März war die Lage sehr unsicher. Es wurde lediglich über einen kurzfristigen Auftrag auf bohrerte Pflastersteine berichtet, der einen Mangel an Bohrern hervorrief. Auch im April 1930 wurden noch erhebliche Betriebseinschränkungen vorgenommen, so daß die Arbeitslosenziffer wieder gestiegen ist.

Die Entwicklung der Arbeitsuchendenzahlen im Bezirk Grimma gestaltete sich folgendermaßen: Januar 1307 (1145), Februar 1142 (1465), März 996 (1282), April 677 (323). Nach einer sehr unsicheren Lage im Januar und Februar belebte sich Anfang März die Nachfrage der Steinindustrie, so daß die Zahl der Arbeitsuchenden bis Mitte März auf 996 herabging. Im allgemeinen ist die Lage schwankend.

Außerordentlich ungünstig war die Arbeitsmarktlage in der Industrie der Steine und Erden im Bezirk Kamenz. Von rund 5000 Beschäftigten wurden als arbeitsuchend gezählt: Januar 2147 (1188), Februar 2233 (1718), März 2203 (2217), April 1654 (551).

Anfang Januar hatten zwar 30 Granitsteinbrüche Aufträge durch die Staatliche Straßen- und Wasserbaudirektion erhalten. Größere Auswirkungen für den Arbeitsmarkt waren leider nicht spürbar, weil die besten Steine vom Lager genommen werden konnten. Etwas günstiger als die Granitindustrie lag zeitweise die Schotterindustrie.

Im Bezirk Wurzen erreichte die Zahl der Arbeitsuchenden eine beträchtliche Höhe. Es wurden gezählt: Januar 1064 (663), Februar 1037 (1124), März 1094 (1644), April 787 (209). Eine leichte Besserung war Mitte Januar insofern zu erkennen, als ein Steinbruch mit 20 Mann Belegschaft zur Vollarbeit überging und auch in den Quarz-Porphyrwerken Einstellungen von Arbeitskräften erfolgten.

Ungünstig liegt ferner der Arbeitsmarkt der Industrie der Steine und Erden im Bezirk Pirna, wo die Zahl der Arbeitsuchenden zwischen 600 und 800 schwankte. In den Bezirken Neugersdorf, Zittau und Riesa ergaben sich Arbeitsuchendenzahlen, die im allgemeinen zwischen 300 und 400 schwankten und bis Mitte April nur wenig zurückgingen. Eine günstige Arbeitsmarktlage verzeichnet die Industrie der Steine und Erden im Bezirk Reichenbach, wo die Zahl der Arbeitsuchenden von 116 Mitte Februar auf 81 Mitte April 1930 gesunken ist. Die Ursache ist darin zu suchen, daß im Bezirk Reichenbach zwei Steinbrüche größere Aufträge auf Schotterherstellung zu erleben hatten.

In fast sämtlichen Bezirken wurde die Zahl der Arbeitsuchenden im Februar oder März 1930 vom Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres noch übertroffen. Dies beruht darauf, daß die außerordentliche, bis im März anhaltende Kälte im vorigen Jahre die Wiederaufnahme der Arbeit in der Industrie der Steine und Erden stark hemmte. Vom März bis April 1929 konnte man eine außerordentliche Entlastung des Arbeitsmarktes feststellen, während in diesem Jahre vom März bis April die Zahl der Arbeitsuchenden in den meisten in Frage kommenden Arbeitsamtsbezirken nur in sehr geringem Umfange gesunken ist und in einigen Bezirken sogar wieder eine Steigerung erfuhr. Es kommt hierin deutlich die konjunkturbedingte Verschlechterung der diesjährigen Arbeitsmarktlage zum Ausdruck.

Aus der Uebersicht über die Arbeitsmarktlage in den Arbeitsamtsbezirken mit vorherrschender Steinindustrie geht hervor, daß Kamenz und Bauzen zur Zeit zu den notleidendsten Bezirken Sachsens gehören. Wenn auch infolge der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Lage und des Kapitalmangels eine wesentliche Steigerung der Auftragsmengen nicht erwartet werden kann, so bleibt doch vom Standpunkte der Arbeitsmarktpolitik die Frage zu prüfen, ob nicht eine zweckmäßigere räumliche Verteilung der Aufträge der Steinindustrie innerhalb Sachsens herbeizuführen ist, um den notleidendsten Arbeitsamtsbezirken zeitweise eine gewisse Erleichterung zu schaffen, besonders dann, wenn auch in anderen Berufsgruppen dieser Bezirke wenig Ausgleichsmöglichkeiten zur Entlastung des Arbeitsmarktes vorhanden sind.

Wenn entsteht nach § 10 des Arb. G. für die Pflasterstein- und Schotterindustrie erstmalig Anspruch auf 6 Tage Ferien. Ueber diese Streitfrage besteht noch immer sehr viel Unklarheit. Die Unklarheit liegt vor allem in der verschiedenartigen Auslegung des Abs. 1 und der zu geringen Beachtung des Abs. 4. Absatz 1 bestimmt zunächst: „Sämtliche Arbeiter, die ein bis drei Jahre ununterbrochen in demselben Betriebe oder bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind, haben Anspruch auf einen Urlaub von drei Tagen. Solche, die länger als drei Jahre ununterbrochen in demselben Betriebe oder bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind, auf sechs Tage, vorausgesetzt, daß von dem betreffenden Arbeiter mindestens 2100 Arbeitsstunden im Vorjahr geleistet wurden.“ Absatz 4 sagt hierzu weiter: „Als Stichtag gilt der 1. Januar. Das Eintrittsjahr wird zur Urlaubsberechnung herangezogen, wenn der Eintritt vor dem 1. Juli erfolgt ist und die erreichte Arbeitsstundenzahl den im Abs. 1 festgelegten Jahrespflichtstunden anteilmäßig entspricht.“

Beide Absätze ergänzen sich. Sie müssen als Ganzes angesehen werden zur Beurteilung der Streitfrage. Maßgebend für den erhöhten Ferienanspruch ist neben den übrigen Voraussetzungen, auf die bei Beurteilung dieser Streitfrage nicht näher eingegangen werden soll, die Beschäftigungsdauer, der Eintrittstag und der Stichtag.

Durch die Gegenüberstellung des Stichtages zum Eintrittstag läßt sich die genaue Betriebszugehörigkeitsdauer feststellen, die maßgebend ist für den erhöhten Ferienanspruch. Bei den beiden ersten Ferienansprüchen wird sich dieses Gegenüberstellen nicht notwendig machen. Anders liegt es dagegen beim dritten Ferienanspruch. Je nach Betriebseintritt kann hier Anspruch auf drei oder sechs Tage erhoben werden. Nachstehendes mag dieses beweisen. Der Kollege A. ist am 2. Mai 1927 in irgendeinen Pflasterstein- und Schotterbetrieb in Arbeit getreten. Sein Eintritt erfolgte vor dem 1. Juli; er hat demnach ab 1. Januar 1928, dem nächsten Stichtag, Anspruch auf drei Tage Ferien. Der gleiche Ferienanspruch ergibt sich für den Kollegen bei der zweiten und dritten Wiederkehr des Stichtages. Die Gegenüberstellung des Eintrittstages zum Stichtag ergibt hier, daß der Kollege an diesem Tage noch keine drei vollen Beschäftigungsjahre aufweisen kann.

Anders liegen die Verhältnisse bei Arbeitseintritt nach dem 1. Juli. Dann findet die Arbeitszeit des betreffenden Kalenderjahres keine Anrechnung auf die Ferienberechnung. Der Betreffende ist dadurch zunächst gegenüber dem vor dem 1. Juli

Eingetretenen im Nachteil. Er kann einen Ferienanspruch erst im nächsten Jahre erwerben. Der Nachteil besteht allerdings nur hinsichtlich der ersten beiden Ferienansprüche. Beim dritten Ferienanspruch erfolgt, vorausgesetzt, daß das Arbeitsverhältnis so lange andauert, ein Ausgleich. Der Betreffende kann im Gegensatz zu dem, der vor dem 1. Juli eingetreten ist, nunmehr einen Ferienanspruch auf sechs Tage erheben, weil er beim Inkrafttreten des dritten Ferienanspruches bereits drei volle Beschäftigungsjahre nachweisen kann. Auf Grund dieser angestellten Rechenempfehlung läßt sich eine feste Form dafür aufstellen, daß jene, die vor dem 1. Juli die Arbeit aufgenommen haben, erst bei der vierten Wiederkehr des Stichtages Anspruch auf den erhöhten Urlaub erheben können. Diejenigen dagegen, die nach dem 1. Juli eingetreten sind, haben bereits bei der dritten Wiederkehr des Stichtages Anspruch auf den erhöhten Urlaub von sechs Tagen.

Vorstehende Auslegung, die sich auf den klaren Wortlaut des Reichsarbeitsgesetzes stützt, begegnet in ihrem zweiten Teil dem heftigsten Widerpruch der Unternehmer. Die Unternehmer vertreten den Standpunkt, daß in jedem Falle und unbefehdet des Eintritts, erst bei der vierten Wiederkehr des Stichtages ein Anspruch auf die erhöhten Ferien erworben wird.

Das Arbeitsgericht Dresden hat nunmehr ein Urteil gefällt, daß die im vorstehenden geschilderte Auslegung voll unterstützt. Wir bringen daher den Kollegen Tatbestand und Entscheidungsgründe aus dem Urteil zur Kenntnis:

Tatbestand.

Der Kläger war in der Zeit vom 2. Oktober 1925 bis 27. November 1929 beim Beklagten in dessen Steinbruchbetrieb beschäftigt. Ihm wurden für das Jahr 1928 statt sechs nur drei Tage Ferien gewährt, weshalb er mit Klageantrag den Arbeitslohn für die restlichen drei Tage begehrt.

Entscheidungsgründe.

Nach dem unstreitig auf den Arbeitsvertrag der Parteien anzuwendenden Reichsarbeitsgesetz für die deutsche Pflasterstein- und Schotter-Industrie vom 25. Februar 1928 haben sämtliche Arbeiter, die ein bis drei Jahre ununterbrochen in demselben Betriebe oder



Kollegen!

Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.

Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind, einen Anspruch auf Urlaub von drei Tagen im Jahre, solche, die länger als drei Jahre ununterbrochen in demselben Betriebe oder bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind, auf sechs Tage. Der Urlaub wird für das Kalenderjahr gewährt. Als Stichtag gilt der 1. Januar. Das Eintrittsjahr wird zur Urlaubsberechnung herangezogen, wenn der Eintritt vor dem 1. Juli erfolgt ist und eine gewisse Zahl Jahrespflichtstunden geleistet worden sind (vergl. § 10 des gen. Vertrages).

Demzufolge ergeben sich für den Kläger folgende Urlaubsansprüche:

1. Stichtag 1. 1. 1926: kein Anspruch, da der Kläger noch kein Jahr bei dem Beklagten beschäftigt war.
2. Stichtag 1. 1. 1927: Anspruch auf 3 Tage, die im Jahre 1927 zu gewähren waren.
3. Stichtag 1. 1. 1928: Anspruch auf 3 Tage, die im Jahre 1928 zu gewähren waren.
4. Stichtag 1. 1. 1929: Anspruch auf 6 Tage, die im Jahre 1929 zu gewähren waren, denn an diesem Stichtag war der Kläger über 3 Jahre ununterbrochen im Betriebe des Beklagten tätig, da er am 2. Oktober 1925 beim Beklagten eingetreten war.

Die Voraussetzung für den Anspruch auf erhöhten Urlaub ist also am Stichtag, dem 1. 1. 1929, erfüllt. Der Beklagte mußte also dem Kläger im Jahre 1929 sechs Tage Urlaub gewähren. Da er das nicht getan hat, ist er verpflichtet, dem Kläger die entsprechende Vergütung für drei Arbeitstage zu zahlen. Mithin ist der Klageanspruch, den der Beklagte der Höhe nach nicht bestritten hat, begründet, und es ist zu entscheiden, wie gesehen.

Die Kostenfolge beruht auf § 91 ZPO. Die Streitwertfestsetzung folgt aus §§ 3 ff. ZPO. 61 Arb.-GG.

Bezirkskonferenz im Ruhrlandsteingebiet. Bezirksleiter, Kollege G. Luzem, heißt die zahlreich erschienenen Gäste willkommen. Das Büro setzt sich aus den Kollegen Linke (Witten), 1. Vorsitzenden und Malek (Schüren) Schriftführer, zusammen. Vertreten waren die Zahlstellen Annen, Witten, Bredenscheid, Mühlheim-Ruhr, Schüren, Herdecke, Hagen, Westhofen und Bochum. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Schee und Spröckhövel. Zu Punkt 1 referiert Gauleiter Jaf. Braun über die weltwirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften, der Lehrkräfte und spannende Vortrag wurde von allen Delegierten günstig aufgenommen und angeregt, diesen Vortrag möglichst in allen Zahlstellen zur Aufklärung zu halten. Im weiteren Punkt erstattet Bezirksleiter Luzem den Bericht der Bezirksleitung, im weiteren wurde zur Lohnbewegung Stellung genommen. In dem umfangreichen Bericht weist Luzem auf die vielen Arbeitsgerichtsklagen gegen Unternehmer hin. Viel Schuld tragen die Kollegen auch selbst, da Klagen meistens erst dann eingereicht werden, wenn die Kollegen entlassen sind. Viel Schwierigkeiten hatte der Bezirksleiter mit der Firma Schulte-Bels in Bochum, die Abzüge von 10 bis 15 Prozent vornahm; diese Maßnahme konnte aber erst abgewehrt werden, als die Kollegen sich organisierten. Einen Abzug von 10 Prozent nahm ebenfalls die Firma Imberg in Annen ab 1. März d. J. vor. Bei der Firma Loeht in Steele konnte ein Abzug abgewehrt werden. Sehr viel Ueberstunden ohne Zuschläge werden bei der Firma Spiil in Herdecke geschoben, natürlich in der Mehrzahl von Unorganisierten. Das Ueberstundenwesen wurde scharf kritisiert, weil ein großer Teil unserer Kollegen noch ohne Arbeit ist. Die Diskussion war eine sehr rege, es beteiligten sich alle Delegierten daran. Als ein Uebel bei vielen Firmen erweist sich die Bezahlung des Urlaubs, bei dem das Arbeitsgericht erst nachschauen muß. Da ein tarifloser Zustand besteht, wurde folgende Entschädigung angenommen: „Die am 27. April 1930 in Annen stattfindende Bezirkskonferenz des Ruhrlandsteingebietes protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das Vorgehen eines Teiles der Unternehmer, die trotz der schlechten Geschäftslage Ueberstunden verlangen. Von den organisierten Kollegen wird verlangt, Ueberstunden strikte abzulehnen, soweit es die besonderen Verhältnisse des Betriebs nicht

erfordern, bis der letzte arbeitslose Kollege wieder im Produktionsprozeß steht. Mit Entrüstung nimmt die Konferenz Kenntnis, daß ein Teil der Unternehmer die Bestimmungen des Arb. G. für die Pflasterstein- und Schotterindustrie, trotzdem sie dem Arbeitgeberverbande angehören, nicht respektieren. Nachdem der Verband der Steinbruchbesitzer an der Ruhr den vom Haupttarifamt in Berlin mit kleinen Verbesserungen vorgesehenen Tarif abgelehnt hat, weiter seinen Mitgliedern verboten hat mit unserem Verbande Tarifverträge abzuschließen, wird die Gau- und Bezirksleitung beauftragt, an die kommunalen Fraktionen heranzutreten, um diese zu erziehen, in Zukunft nur solche Firmen mit Aufträgen zu berücksichtigen, die bereit sind, mit unserem Verbande einen Tarifvertrag abzuschließen.“ Weiter wurde ein Antrag angenommen, den Bezirksbeitrag auf 10 Pf. zu erhöhen, da die Zentrale Zuschüsse nicht bewilligen kann. Zu „Verschiedenes“ beauftragt Gauleiter Braun den Kollegen Schaaffner. Annen, sein Verbandsbuch in Ordnung zu bringen und im Interesse des Verbandes den Kassierenposten sofort niederzulegen, was geschehen ist. In Betrieben, wo noch keine Betriebsräte sind, sollen diese baldigst gewählt werden. Die Bezirksleitung soll für Bezirkskonferenzen ein Protokollbuch anschaffen. Die nächste Bezirkskonferenz wird der Zahlstelle Dortmund-Schüren übertragen. Mit einem Hoch auf unseren Verband schloß der Vorsitzende Linke die anregend verlaufene Bezirkskonferenz.

Aus dem Odenwaldbezirk. Schon des öfteren wurde der Wunsch von den Kollegen laut, daß sich auch wieder einmal ein Mitglied des Zentralvorstandes im Odenwald sehen lassen möchte. Die Kollegen der Granitschleifereigruppe legten besonderen Wert auf den Kollegen Wunderlich, da dieser als Tarifdezernent den Odenwald nur den Namen nach kannte. Eine günstige Gelegenheit zu einem Besuch des Odenwaldes war geboten, da in Mannheim der Wanderbildungstourismus für den 6. Gau in der Zeit vom 23. bis 26. April stattfand. Vereinbarungsgemäß wurden 3 Versammlungen mit dem Kollegen Wunderlich festgelegt; um Einsicht in die einzelnen Werke und Steinbrüche zu bekommen, sollten die Tage noch mit einer Anzahl Besichtigungen ausgenutzt werden.

Die erste Versammlung fand am Sonntag, dem 27. April, in Lindenfels statt. Der Besuch hätte etwas besser sein können, denn es waren nur 50 Prozent der Zahlstellenmitglieder anwesend. Kollege Wunderlich referierte über „Die allgemeine Wirtschaftslage und die Lage in der Steinindustrie“. In leicht verständlicher Weise entledigte er sich seines trefflichen Vortrages. Ein trauriges Bild ergaben die von ihm genannten Arbeitslosenziffern in den einzelnen Steinbruchgebieten. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Anwesenden, nicht zu ermüden, sondern weiter zu rüsten, damit wir die Angriffe auf die Lohngestaltung und auf die gesamte Sozialversicherung abwehren, und im Zeichen der günstigeren Konjunktur wieder zur Offensive übergehen können. Lebhafter Beifall wurde seinen Ausführungen zu teil. Die Diskussion beschäftigte sich in der Hauptsache mit den betrieblichen und tariflichen Angelegenheiten bei der Firma Böhlinger. Um den eigenartigen Tarifauslegungen bei dieser Firma entgegenzutreten zu können, sollen Tarifrechnungsstunden eingeführt werden, was von der Bezirksleitung auch zugelagt wurde. Am Montag, dem 28. April, besichtigte Kollege Wunderlich das Werk Kreuzer & Böhlinger in Lindenfels, sowie die beiden Werke der Deutschen Steinindustrie A.G. in Reichenbach. Bei dieser Gelegenheit fand auch mit Herrn Direktor J. Römer eine Aussprache über verschiedene Tarifstreitigkeiten statt, sowie über die demnächst in der Granitschleifereigruppe stattfindenden Verhandlungen über die gestellten Wänderungs- und Ergänzungsanträge. Auch die Brüche am Felsberg, sowie das Felsenmeer und die noch aus der Römerzeit vorhandenen Arbeiten wurden besichtigt. Am gleichen Tage fand abends eine Versammlung in Reichenbach statt, die von ungefähr 100 Kollegen besucht war. Behandelt wurde vom Kollegen Wunderlich das gleiche Thema wie in Lindenfels; auch hier fanden die Ausführungen die Zustimmung der Versammlung. Von der Diskussion machten nur einige Kollegen Gebrauch. — Dienstag, dem 29. April, wurden dann die Betriebe in Bensheim, Auerbach und Heppenheim besichtigt; abends war in Heppenheim Versammlung, die etwas besser hätte besucht sein dürfen. Das Referat des Kollegen Wunderlich wurde auch hier beifällig aufgenommen. Die Diskussion war hier etwas lebhafter. Nicht gut erging es einem Kollegen, der behauptete, daß seit 1925 ein Lohnrückgang von mehr als 100 Prozent zu verzeichnen sei. Die Schuld daran schob er dabei den Führern zu, denn diese hätten die Geschichte wieder einmal vertrat. Er glaubte seiner Meinung noch ganz besonders Ausdruck verleihen zu müssen, indem er am Schluß seiner Ausführung die Worte gebrauchte „Bist du Gottes Sohn, dann hilf dir selber“. Dieser Kollege hatte daneben geschossen, denn er konnte die Frage „Wo die Führer Verrat geübt haben“, nicht beantworten. Von einem über 100prozentigen Lohnrückgang kann auch nicht die Rede sein, denn unsere Lohnsätze wurden von 25 Prozent der Papierlöhne im November 1923 bis zum Mai 1928 auf 90 Prozent erhöht. Die Stundenlöhne fanden im Vorjahr nochmals eine kleine Erhöhung. Gemiß soll nicht verkannt werden, daß durch die Modernisierung der Betriebe sowie die Umformung der Grabbenmäler durch die dreimal $\ddagger \ddagger \ddagger$ Friedhofsverordnungen dem Steinmeßgen insbesondere die Verdienstmöglichkeit geschmälert wird. Dem kann aber nicht damit abgeholfen werden, daß man die Führer des Verrats bestraft, und sich auf die Worte des Schächers am Kreuz beruft, sondern hier gilt es, den technischen Teil unseres Reichslohntarifs so zu gestalten, daß diese unbilligen Härten ausgeglichen werden. Anträge in dieser Beziehung liegen bereits dem VDG in Karlsruhe seit März d. J. vor. Sonst ist die Heppenheimer Versammlung im allgemeinen sehr anregend verlaufen.

Der Mittwoch war dann nach einer Besichtigung der Granitsteinbrüche dem Granitwerkstein- und Pflastersteingebiet gewidmet. Besichtigt wurden die Brüche Steigkopf, Lärche-Sonderbach und Steinbruch Rütch & Reinmuth-Sonderbach

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gesperrt:

2. Gau: In Hohenau das Grabsteingebiet von Emil Kneifel.
3. Gau: In Cojul bei Großpöschel Sa. der Betrieb der Firma Mag Gedan; sie bezahlt unter Tarif und stellt Verbandsmitglieder nicht ein.
11. Gau: In Siedelben die Firma Schneidewind. — In Bremen sämtliche Grabsteingebiete wegen Abbruchs der Tarifverhandlungen, wodurch tarifloser Zustand. Von der Sperre sind ausgenommen das Grabsteingebiet von Franz Starke und die Abteilung Steinhauerei des gemeinwirtschaftlichen Bestattungsinstituts. — In Bad Döbeln die Tiefbaufirma Schulz. (Dort bekommen die Steinsetzer und Berufsgenossen keinen Lohn.) — In Cursbed-Neuengamme die Firma Gustav Jans (Straßenbau), zahlt nicht nach Tarif.

Schweiz. In Kreuzlingen, Basel und St. Margarethen darf wegen erster Differenzen kein Steinmeß oder Schleifer zureisen.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Rundschau

Der Siegeszug der Sozialversicherung. Das Internationale Arbeitsamt registriert laufend den Fortschritt der Sozialpolitik im allgemeinen und der Sozialversicherung im besonderen. Es ist sehr aufschlussreich, festzustellen, daß zu der gleichen Zeit, wo in Deutschland gegen die Sozialversicherung Sturm gelaufen wird, sie in anderen Ländern Eingang findet. In Frankreich ist das Sozialversicherungsgesetz verabschiedet. Rund 8 1/2 Millionen französischer Arbeiter werden dadurch dem Versicherungszwang unterworfen. Auch in Holland ist ein Gesetz in Kraft getreten, daß für alle Lohnarbeiter die Krankenversicherung vorsteht. In anderen Ländern können ähnliche Fortschritte festgestellt werden. Nach Feststellungen des I.A.A. besteht heute eine Krankenversicherungsversicherung in 24 Ländern, und zwar in Deutschland, Frankreich, Desterreich, Großbritannien, Bulgarien, Chile, Estland, Griechenland, Italien, Irland, Japan, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Ungarn, Jugoslawien, Schweiz und der Tschechoslowakei. Selbstverständlich sind die Gesetze in den vorgenannten Ländern sehr verschieden. Es werden in diesen Ländern 4 bis 38 Prozent der Gesamtbevölkerung und 15 bis 91 Prozent der Lohnbeziehenden Bevölkerung von der Versicherungspflicht betroffen. Die Landarbeiter sind in zwölf Staaten versicherungspflichtig. Meistlich ist die Ausdehnung der Unfallversicherung. Eine Haftpflichtgesetzgebung besteht in 40 Ländern. Eine Zwangsversicherung gegen Unfall besteht in Deutschland, Australien (Südaustralien und Victoria), Desterreich, Bulgarien, Chile, Norwegen, Finnland, Dänemark, Estland, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei. Die Invalidenversicherungen, die in der Regel mit einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung verbunden ist, hat Eingang gefunden in Deutschland, Desterreich, Frankreich, Großbritannien, Bulgarien, Chile, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Jugoslawien, Spanien und der Tschechoslowakei. Zweifellos hat der Krieg und seine Folgen die Ausbreitung der Sozialversicherung sehr beschleunigt. Wir Deutschen sollten uns freuen, daß auch andere Länder dazu übergehen, die in Deutschland erprobten Sozialversicherungsgesetze einzuführen. Die internationale Ausbreitung der Sozialpolitik ist jedenfalls eine Tatsache, die von keiner Macht aufgehalten werden kann. Ausgerechnet in einem solchen Zeitabschnitt treten in Deutschland Leute auf, die die Sozialversicherung durch ein erkügeltes System einer Zwangsparaffine ersetzen wollen. O, diese Reaktionäre!

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berammlungen:

Am 25. Mai in Sorau um 9 1/2 Uhr bei Günzel. — **Königsberg** i. Pr. um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Vorder Roggarden 61/62, Bezirkskonferenz für den gesamten Bezirk Ostpreußen. Pflicht der Zahlstellen ist, sich an dieser Konferenz zu beteiligen; die Kosten für Delegierte tragen die Zahlstellen.

Am 1. Juni (Zahlstelle Schlawa) in Rügenwalde, Lokal Brandt, um 10 Uhr.

Hirschberg, (Steinseher — Kammer.) Versammlung am 1. Juni, 14 Uhr, in der „Alten Hoffnung“. Reiseunterstützung und Lokalgeschenk wird beim Kassierer Rich. Langer, Hirschberg-Cunersdorf, Am Jaden 78a, von 12 bis 13 Uhr ausgezahlt.

Witten, Datteln und Hornburg. An Durchreisende wird bis auf weiteres kein Lokalgeschenk mehr verabreicht.

Hannover I. (Steinseher.) Durchreisende Kollegen erhalten nach wie vor 1,50 Mk. Lokalgeschenk und ein Nachtlogis einschl. Verpflegung. Die Bekanntmachung der Aufhebung in Nr. 20 bezieht sich auf die Steinseher und Berufsgenossen.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Eiterhagen das Verbandsbuch Nr. 23931 für Georg Schmoll, Schlosser. In Würzburg Nr. 56022 für Joseph Dürr, Hilfsarbeiter. In Groß-Runzendorf die Interimskarte für Heinrich Rieger, Hilfsarbeiter.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Beschluß des Verbandsausschusses wurde der in Nr. 11 des „Steinarbeiter“ verkündete Ausschluß des Kollegen Otto Halbauer, Zwickau, als nicht genügend gerechtfertigt wieder rückgängig gemacht.

Briefkasten

B. Beschlüge für Schreibzeuge usw. liefert: F. W. Wagner, Altona (Elbe), Große Bergstraße 31.

freigewerkschafter fahren nur



Unternehmen d. Gewerkschaften
Kleinste Wochen oder Monatsraten

LINDCAR-FAHRRADWERK
AKTIENGESELLSCHAFT

Berlin - Lichtenrade.

28 Groß-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

Die Bedeutung der Verkehrswirtschaft. Wir leben im Zeitalter des Verkehrs. Die Verkehrswirtschaft nimmt deshalb in der Volkswirtschaft einen breiten Raum ein. Die „Frankfurter Zeitung“ hat ein Wirtschaftsbuch herausgegeben, das dem Verkehr gewidmet ist. Das Verkehrsproblem wird in diesem Heft von allen Seiten beleuchtet. Von besonderer Bedeutung ist ein Artikel des bekannten Professors Julius Hirsch. Dieser macht vor allem Angaben über die Wertung der deutschen Verkehrswirtschaft. Danach sind in den Anlagen und Betriebsmitteln 53 Milliarden Mark investiert. Die Zahl der Arbeiter in der Verkehrswirtschaft beträgt 1.537.900. Die Zahl der Arbeitsstunden soll sich auf jährlich 3693 Millionen beziffern. Die Verkehrsunternehmen haben eine jährliche Betriebseinnahme von 10.610 Millionen. Der Materialverbrauch beziffert sich auf 2775. Der Nettowert der Wirtschaftsleistung sämtlicher Verkehrswege wird auf 7835 Millionen geschätzt. Der Goldwert der Arbeitsstunde wird von Prof. Hirsch mit 2,12 Mark angenommen. Das sind Ziffern, die die Leistung des Verkehrs sehr deutlich widerspiegeln. Jede stehende Mark, die Deutschland besitzt, dient dem Verkehr. Jeder 20. Erwerbstätige ist im Verkehrsweesen beschäftigt. Von Deutschlands jährlicher Wertschöpfung durch Arbeit entfällt ein Betrag von rund 8 Milliarden Mark auf Verkehr und Verkehrsmittel; nach der jetzt üblichen Rechnung ist das ein Neuntel unserer gesamten Wertschöpfung im Jahre. Rechnen wir die jährliche Kapitalanlage auf 12 Milliarden Mark, so nimmt Deutschlands Verkehrsweesen nach Durchführung aller Erwerbsbauten Jahr für Jahr ein Achtel des neuangelegten Kapitals in Deutschland auf und vom selbst neugeschaffenen Kapital noch einen wesentlich größeren Bruchteil. Anders ausgedrückt: Für jeden lebenden Deutschen sind in Verkehrsmitteln angelegt etwa 900 bis 1000 Mark, werden für Verkehrsleistungen jährlich mindestens ausgegeben 160 bis 200 Mark und werden für Verkehrsmittel jedes Jahr neu angelegt 50 Mark.“ Die Verkehrswirtschaft ist ständigen Veränderungen unterworfen. Kraftwagen und Luftschiffahrt konkurrieren gegen die Eisenbahn und umgekehrt. Dasselbe ist der Fall zwischen Binnenschiffahrt und Eisenbahn. Immerhin ist die Verkehrswirtschaft der lebendigste Pulsschlag der Zeit.

Wohnungselend und Kriminalität. Daß das Wohnungselend mit der Kriminalität in engem Zusammenhang steht, ist eine bekannte Tatsache. Auf der Würzburger Tagung der Gesellschaft für Bodenreform sprach der frühere Reichsgerichtspräsident Prof. Dr. Simons über das Thema „Heimstättenfrage und Strafrechtsreform“. In diesem Zusammenhang führte der Redner u. a. folgendes aus:

„Ein einziger entschlossener Schritt in der Heimstättenbewegung schafft mehr Nutzen als die ganze Strafrechtsreform! Kommen wir zu einer kraftvollen Bodenreform, dann können wir uns über die Strafrechtsreform Zeit lassen; lassen wir aber dem jetzigen kapitalistischen System Zeit, sich im Wohnungswesen der Großstadt auszuwirken, dann wird auch die beste Strafrechtsreform nicht helfen. Gewiß ist nicht die ganze Kriminalität auf die ungesunde Verteilung des Wohnraums zurückzuführen, aber es gibt doch ganze Kategorien von Vergehen und Verbrechen, zu denen das unnatürliche Wohnungswesen den Anlaß, mindestens die Gelegenheit gegeben hat. Das Zusammenleben vieler Familien in den Großstadtkasernen führt zu einer seelischen Reibungselektrizität, die sich in allerlei Gesekwidrigkeiten entladen muß. Die gemeinsame Benutzung der Boden- und Kelleräume usw. erzeugt viele kleinere Delikte. Viel zu intim kummert sich die eine Mietpartei um das Leben der anderen. Das Kostgänger- und Schlafburgenwesen liefert den Boden für viele Sittlichkeits- und Eifersuchtsdelikte.“

Das schwere Kapitel der Abtreibung hängt eng mit dem Wohnungselend zusammen. Gewiß hat die Geburtenbeschränkung ihren Ausgang in den Luxuswohnungen genommen, aber der ungeheure Umfang, den sie jetzt angenommen hat, ist ganz wesentlich darauf zurückzuführen, daß die jungen Paare kein Heim haben, in dem Raum für Kinder ist. Bezeichnend ist dafür die Verfügung eines Leipziger Wohnungsamtes, daß junge Ehepaare auf bevorzugte Behandlung in der Wohnungsliste erst dann Anspruch haben, wenn das dritte Kind erwartet wird. Wer mit Rücksicht auf das Wohnungselend die Straffreiheit für Abtreibung fordert, der will das Uebel an den Symptomen kurieren. Richtig lautet die Forderung: Weil das Wohnungselend zur Abtreibung führt, darum schafft dem jungen Paar eine Heimstätte! An eine dauernde Besserung entlassener Strafgefangener ist nicht zu denken, wenn sie aus der Gefängniszelle in dasselbe Wohnungselend zurückkehren, das sie dem Verbrechen in die Arme getrieben hat.“

Diesen Worten braucht nichts hinzugesetzt zu werden. Wer für die körperliche und geistige Gesundheit des Volkes eintreten will, muß an der Beseitigung des Wohnungselendes arbeiten. Arbeitskräfte stehen in Hülle und Fülle zur Verfügung. Die Mobilisierung des Kapitalmarktes müßte bei einigermaßen gutem Willen möglich sein. Hoffentlich kommen wir einmal dazu, daß der Wohnungsbau energisch gefördert werden kann.

Geld schreit nach Anlage. Der deutsche Geldmarkt zeichnet sich durch eine außergewöhnliche Flüssigkeit aus. Die Entspannung der Konjunktur hat sich nunmehr auf den Kapitalmarkt übertragen. Der Pfandbriefabsatz ist den Verhältnissen entsprechend als gut zu bezeichnen. Ebenfalls fanden Anleihen von Industriewerken, Städten und Ländern Abzug. Von größter Bedeutung für den weiteren Gang der Dinge dürfte der Zustrom von Auslandskapital sein. Im März wurden im Umfange von 100 Millionen Mark deutsche Anleihen im Auslande untergebracht. Daneben fanden noch Pfandbriefe und Kommunalobligationen im Auslande Absatz. Im ersten Vierteljahr 1930 dürften rund 250 Millionen Mark Auslandskapital nach Deutschland gekommen sein. In den nächsten beiden Monaten sind außerdem 400 Millionen Mark aus der internationalen Mobilisierungsanleihe für Reichsbahn und Post zu erwarten. Außerdem geht in den nächsten Monaten der Vorstoß auf die Kreuzer-Anleihe für das Reich in Höhe von 400 Millionen Mark ein. Daneben sind noch Verhandlungen über mehrere Auslandsanleihen eingeleitet worden. Dieser nicht geringe Zustrom von Auslandskapital wird in Verbindung mit der Flüssigkeit auf dem deutschen Geldmarkt die Voraussetzungen für eine Konjunkturbelegung schaffen. Die Dresdner Bank beurteilt in diesem Zusammenhang die Zukunft des Wirtschaftsverlaufs folgendermaßen: „Da die Entspannung des Kapitalmarktes in der letzten Zeit bereits merkliche Fortschritte gemacht hat und auch die Zukunftsaussichten für eine weitere Erleichterung nicht ungünstig beurteilt werden, dürfte damit zu rechnen sein, daß schon in den kommenden Monaten in größerem Umfange Neuinvestitionen vorgenommen werden und die Befriedigung des seit langem angestauten Bedarfes des Grundbesitzes und der Industrie an Kapitalgütern unter Umständen die Grundlage für die konjunkturelle Erholung der gesamten Wirtschaft bildet. In gleicher Weise dürften sich die Aussichten der Verbrauchsgüterindustrien durch die Stärkung der Kaufkraft, die sich aus der Senkung des Preisniveaus und dem allein aus saisonmäßigen Gründen zu erwartenden Rückgang der Arbeitslosigkeit ergibt, bessern.“

Rückgang der Auswanderung. Im Jahre 1929 sind insgesamt 48.611 Deutsche über deutsche und fremde Häfen nach überseeischen Ländern ausgewandert. Unter diesen waren 37.857 Erwerbstätige und 9.913 Angehörige. Im Jahre 1928 wanderten 57.241 Deutsche nach Übersee aus. Der größte Teil der Auswanderer (12.027) entstammten der Industrie, 6.978 kamen aus der Landwirtschaft, 5.890 aus Handel und Verkehr und 7.542 gehörten zur Gruppe häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung, ohne Beruf und Berufsangabe wurden 377 deutsche Auswanderer gezählt.

Adressenänderungen

1. Gau: Grabowen, Kr. Goldap, Vorj. u. Kass.: Ehrentheit, Steinseher.
2. Gau: Bunzlau, Vorj.: Oskar Willig, Rothlacher Straße 61.
5. Gau: Trier, Vorj.: Karl Schneider, Spirostraße 23.
6. Gau: Tegernau, Kass.: Wilhelm Dhwald, Tegernau.

Bücher und Zeitschriften

„Die Praxis der Betriebsrat im Aufsichtsrat“. 2. Heft der wirtschaftspolitischen Schriften des Allgemeinen freien Angestelltenbundes. Freier Volksverlag G. m. b. H., Berlin NW. 40, Welfenstr. 7. 36 S. Preis 1,25 RM. für Org.-Mitglieder 0,80 RM. Durch eine Fülle von Beispielen aus der Praxis, die bisher statistisch nicht erfasst waren und auch der Öffentlichkeit ziemlich unbekannt geblieben sind, muß die Verwirklichung des Afa-Bundes gewertet werden als eine nachträgliche Begründung der Forderungen, die die freien Gewerkschaften zur Aktienrechtsreform erhoben haben. Dadurch gewinnt diese Bewegung auch außerhalb der engeren Arbeiter- und Angestelltenbewegung für die weitere Öffentlichkeit an Interesse.

Der Eindringling. Wenn Vicente Blasco Ibañez mit den Roman „Der Eindringling“ geliebten hätte, dieses eine Werk würde genügen, seinen Namen unvergänglich zu machen. Dieser große Rebel und Republikaner unter den Schriftstellern Spanien greift in diesem Roman die Jesuiten mit einer Schärfe an, die von der tiefen Kenntnis dieses Ordens und von der Erkenntnis seiner Gefährlichkeit für die fortschrittliche Entwicklung der Menschheit ausgeht. Die Kühnheit, als der Dichter selbst in einem Lande lebte, das von der katholischen Kirche besetzt wird. Ibañez kannte die Jesuiten seines Landes, er hatte ihre Geschichte studiert und ihren Einfluß auf die soziale Struktur des Landes beobachtet. Überall, wo konnte er feststellen, überall dort, wo Reichtum emporwuchs, dort nisteten sich die Jesuiten ein und unterminierten auf dem Umweg über die Frauen das gesamte Gesellschaftsgebäude. Es gelangt ihnen, die Familien der Reichen zu beherrschen und damit die Hand zu legen auf den Profit, der diesen Familien Glanz und Reichtum gibt. Aber wo Profit ist, dort ist auch Ausbeutung und Elend, dort wächet auch der Groll gegen die „heiligen“ Nutznießer der Ausbeutung. Der Schauplatz des Romans „Der Eindringling“ ist Bilbao, und Ibañez zeichnet mit der ganzen Kunst seiner Sprache den ungeheuren Gegensatz zwischen den Palästen der Unternehmer und der Gassen der armen Arbeiter. Die Familien der Reichen sind in den Erzbergwerken, den Gassen zwischen den gepflasterten Kirchen mit den lächelnden Heiligenbildern und dem finsternen Geruch der Stahlwerke und des Hafens. Dieser Gegensatz ist es, der dem Roman die Spannung gibt, eine Spannung, die nur mit einer Explosion enden kann: es kommt zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen fanatisierten Anhängern der „heiligen Jungfrau von Biscaya“ und demonstrierenden Arbeitern, der zwar keine Entscheidung bringt, aber bereits eine Folge nicht minder heftiger Angriffe gegen die Katten, die das Licht verhängen wollen, ankündigt. Erbitterte Bürger zeigen die Heiligenbilder aus den Häusern und werfen sie in den Fluß, und dieses Schauspiel wird dem Dichter zur Vision einer sich von ihren Irrtümern erlösenden Menschheit. Das aufrüttelnde Buch ist als **Dreimarkband** in der **Büchergilde Gutenberg, Berlin**, erschienen. Diese Gemeinschaft wertiger Buchhändler plant die Herausgabe der gesammelten Werke des großen Spaniers. Der früher erschienene Roman „Sumpffieber“ und „Der Eindringling“ lassen den weiteren Büchern von Ibañez mit dem höchsten Interesse entgegensehen.

Anzeigen

Achtung, Zahlstelle Groß-Berlin!

Dienstag, den 3. Juni, 19 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses die fällige **Vierteljahrsgeneralversammlung für alle Berufsgruppen** statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom 1. Quartal 1930. 2. Bericht von den Lohnverhandlungen; in den einzelnen Gruppen Stellungnahme dazu. 3. Verschiedenes. Bei genügender Zeit findet anschließend ein wissenschaftlicher Vortrag statt, dessen Thema in der Versammlung bekanntgegeben wird. Die Wichtigkeit, besonders des Punktes 2, verpflichtet alle Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert

Die Ortsverwaltung, I. A.: Gust. Nitsche.

Einige weitere tüchtige **Granitsteinmetzen** auf s. s. Granit sofort für dauernd gesucht
Otto Koppe & Co., Granitwerk Dobrilugk N.-L.

Den besten Schliff
erzielen Sie mit meinen **Original Carborundum-Rutschersteinen** (Wortzeichen ges. gesch.) Fachmännisch erprobt und bestens anerkannt
Andr. Reul sen. Nachf. Kirchenlamitz-Bhf. (Ofr.)
1. Spezialgeschäft für Steinindustriebedarf
Gegründet 1899

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Bruchstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Den bekannt guten u. bestbewährten **handgearbeit. Steinbruchschuh**, N 14.75 Reelleste Beliefer. Hochw. Qualität.
Verlangen Sie Preisliste **Herm. Welbers Berufsschuhwerk** Bad Godesberg

Belieferung u. Schürfen sämtl. Stein- u. Marmor-Werkzeuge
Gustav Jedmann, Essen-Ruhr
Werkstatt: Wörthstraße 38
Wohnung: Feuerbachstraße 1

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In Waren am 20. April der Pflastersteinmacher Wilhelm Muchow, 62 Jahre alt, Nervenlähmung.
 - In Mühlbach a. Gl. am 25. April der Steinschläger Gustav Sander, 25 Jahre alt, tödlich verunglückt.
 - In Steinach (Richtigstellung) am 30. April der Griffelmacher Ernst Linß-Beck, 51 Jahre alt, 1 Jahr krank, Lungenleiden.
 - In Berlin am 4. Mai der Steinsetzer Friedrich Poepke, 62 Jahre alt, Tuberkulose, 15 Monate arbeitsunfähig.
 - In Striegau am 7. Mai der Steinschläger Heinrich Seifert, 62 Jahre alt, Asthma, 3 Jahr arbeitsunfähig.
 - In Wernigerode am 9. Mai der Brecher Karl Jappe, 31 Jahre alt, Unglücksfall.
 - In Stettin I, am 10. Mai der Steinmetz Max Krüger, 52 Jahre alt, Aterienverkalkung, 30 Wochen krank.
 - In Hamburg am 13. Mai der Steinmetz Hermann Heupel, 51 Jahre alt, Lungenleiden, 2 Jahr 4 Monate krank; der Rammer Peter Petersen, 56 Jahre alt, Gehirnschlag, 11 Wochen krank.
 - In Edenstetten am 13. Mai der Steinmetz Xaver Lehner, 61 Jahre alt, 7 Jahre lungenkrank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Sechste Ausschusssitzung des ADGB

am 5. Mai im Berliner Gewerkschaftshaus.

Der stellvertretende Vorsitzende Peter Graßmann eröffnete die Sitzung mit Mitteilungen über die Zusammenkunft des Lehrkörpers der neuen Bundeschule, die am 4. Mai eröffnet worden ist und am 5. Mai ihren ersten Lehrgang begann.

Der nationalsozialistische Innenminister Thüringens, Fried, hat im Laufe des Feldzuges, den er gegen die Volkshochschulen Thüringens, insbesondere gegen Arbeiterbildungseinrichtungen führt, auch die Gelder der Heimvolkshochschule Linz vertragswidrig um zwei Drittel gekürzt.

Graßmann berichtete dann über eine Reihe von Anträgen auf Geldbewilligungen, von denen nur einer hervorgehoben sei: Der Bundesvorstand hat für das Konjunkturfororschungsinstitut weitere 5000 Mark bewilligt und gleichzeitig zwei weitere Vertreter und zwei Stellvertreter ins Kuratorium des Instituts entsandt.

In seinem kurzen Bericht über den Stand der Verhandlungen über eine Reihe noch vorliegender Gesetzentwürfe erwähnte Graßmann die Entwürfe zu dem Arbeitsschutzgesetz, dem Berufsausbildungsgesetz, dem Bergarbeitsgesetz und dem Gesetz zum Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher in der Glasindustrie.

Demnächst wird in einer Sonderbeilage der Gewerkschaftszeitung über die vom Bundesvorstand durchgeführte statistische Erfassung der Tarife berichtet werden.

Graßmann schloß seinen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes mit einem Ueberblick über den Stand der Arbeiten des Wiesländer-Komitees, das vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzt worden ist, um die Arbeitsverhältnisse in der französischen Metallindustrie (niedrige Löhne, hohe Arbeitszeit, Ueberstundenwesen und dadurch erleichterte Konkurrenzmöglichkeiten für die französische Eisenindustrie) zu erforschen und über die Wege zu ihrer besseren Gestaltung zu beraten.

Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorsitzenden gab Schlimme (Bundesvorstand) einen Bericht über die Regelungen, die mit dem Gesamtverband getroffen worden sind, um die Rechte der Mitglieder der Filmgewerkschaft zu wahren, die bekanntlich am 30. April aus dem Verband des ADGB ausgeschlossen ist.

Spriedt (Bundesvorstand) sprach über die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die sehr ungünstige Zahlen aufweist und über die zukünftige Entwicklung keine günstige Prognose zuläßt.

Der Bundesauschuß trat sodann in eine Debatte über den Bericht des Vorsitzenden ein und nahm einstimmig die vorgelegte Entschließung an. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesauschuß des ADGB betont erneut, daß es sich bei dem Kampf um die Sozialversicherung in Wirklichkeit um die Verteilung der inneren Lasten in Deutschland handelt, die auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt werden sollen.“

Rationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt, die Bereitstellung von Mitteln zum stärkeren Ausbau der Notstandsarbeiten und zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaues; zum zweiten ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge ein dringendes Gebot.

Beim Beginn der Nachmittagsitzung teilte Graßmann mit, daß Theodor Leipart vor einigen Tagen nach Wiesbaden fahren konnte — ein Zeichen dafür, daß seine Genesung in jüngster Zeit wesentliche Fortschritte gemacht hat.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Internationaler Gewerkschaftskongreß, gab Graßmann bekannt, daß der Bundesvorstand als stimmberechtigte Delegierte zum Stockholmer Kongreß die Kollegen Leipart, Graßmann, Umbreit und Eggert vorgeschlägt, dazu die Kollegin Hanna als Vertreterin ohne Stimmrecht.

Zum Entwurf eines Internationalen sozialpolitischen Programms sprach Umbreit: Zwei Hauptpunkte hat der IGB auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik.

Zwei Hauptpunkte hat der IGB auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik.

Zwei Hauptpunkte hat der IGB auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik.

Zwei Hauptpunkte hat der IGB auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik.

Zwei Hauptpunkte hat der IGB auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik.

Zwei Hauptpunkte hat der IGB auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik.

Zwei Hauptpunkte hat der IGB auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik.

daß der vom Vorstand des IGB unterbreitete Programmentwurf sich recht weit von diesem Ziele lapidarer Kürze entfernt. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß zugestanden werden, daß es sich dabei im wesentlichen um einen deutschen Entwurf handelt, der in Amsterdam noch eine Reihe von Erweiterungen, die nicht gerade Verbesserungen sind, erfahren hat.

Eine wesentliche Vereinfachung des Entwurfs als internationale Diskussionsgrundlage ist also nicht zu vermeiden. Ein internationales Programm muß knapp und weitgesteckt sein, muß große Ziele enthalten, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren.

Daß man für Jugendliche neben der Ausdehnung des Schulalters bis zum 18. Jahre obligatorischen Fach- und Fortbildungunterricht unter Einrechnung der Schulzeit in die Arbeitszeit fordern muß, weiterhin Ausschluß von der Bergarbeit unter Tage und von gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen, ist wohl selbstverständlich.

Was den Gefahrenschutz betrifft, so könnte man, wenn man den Forderungen einzelner Berufskongresse folgen wollte, allein ein ganzes Buch von Forderungen zusammenbringen.

Für die Heimarbeit ist der Ausschluß gesundheitsgefährlicher Arbeitsprozesse sowie der Herstellung von Lebens- und Genussmitteln festzuhalten. Hinsichtlich der Lohnämter und Mindestlöhne sollte man sich auf die Heimarbeit beschränken und auf den Versuch verzichten, sie auf andere Gewerbe zu übertragen.

Der Abschnitt „Sozialversicherung“ zeichnet sich durch bemerkenswerte Kürze aus, dem nichts hinzuzufügen ist, ebenso die Abschnitte über Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung.

Der Abschnitt „Tarifverträge“ betont allzusehr die freie Vereinbarung, als ob die Gewerkschaften samt und sonders Gegner von Zwangsstarifen wären, namentlich auch, wenn sie den Unternehmern durch andere Mittel, als allein durch gewerkschaftliche Kraft aufzuzwingen wären.

Der Punkt 16 bedarf einer besonderen Würdigung; hier wird Trennung von Arbeits- und Mietvertrag, daneben besonderer Schutz der Bewohner von Werkwohnungen verlangt.

Ich habe nur wenige hauptsächlich Punkte berührt, um die Debatte nicht in Einzelheiten verlanden zu lassen. Der Bundesvorstand erbitet vom Bundesauschuß die Vollmacht, mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Sozialpolitik im Bundesbüro den Entwurf einer Nachprüfung und Vereinfachung unterziehen zu dürfen, wobei Anträge, die der Bundesauschuß annimmt oder überweist, nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen.

Gegen das Kapitel „Arbeitsvertrag“ bestehen weitgehende Bedenken, die sich namentlich auf die dort vorgesehene unterschiedliche Behandlung der Arbeiter und Angestellten beziehen.

Sung sein, heißt: Mit starken Händen fest das schwerste Schicksal packen
Sung sein, heißt: Die Welt zu heben aus den Angeln, wenn sie rotten

Der Jugend

Fülle die Jugend mit würdigem Stoff, und in froher Begeisterung
lehre sie glühn. Die Kritik kommt mit den Jahren von selbst.

Unsere jüngsten Kollegen

Aus den Pforten der Schule strömten sie hinaus in das Leben der Erwachsenen, in das Leben der Arbeit. Eifrig sind die Eltern bemüht, sie „unterzubringen“. Und wenn es gelingt, dann treten sie mit frohen Hoffnungen ihre Lehrstelle an. Zwingt die bittere Not schon diese Jüngsten, zum Unterhalt der Familie beizutragen, so suchen sie als jugendliche Arbeiter in Fabrik und Werkstatt, als Laufburschen oder als Hausgehilfen ihr Brot zu verdienen.

Mit diesem Eintritt ins Erwerbsleben werden sie auch Mitglieder einer Krankenkasse. Sie müssen Beiträge bezahlen, und da ihr Lohn ohnedies kärglich ist, sind sie begreiflicherweise darüber nicht gerade erfreut. Nur die wenigsten aber sind sich klar, was die Krankenversicherung für sie bedeutet, wie wichtig es gerade für sie ist, deren Körper in der Zeit der Entwicklung den Anforderungen der Arbeit kaum gewachsen ist, im Krankheitsfall Kosten zu sparen und darum rechtzeitig ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen zu können, die erforderlichen Heilmittel zu erhalten und, wenn es notwendig ist, auch in einem Krankenhaus Aufnahme zu finden. Denen, die so früh schon verdienen müssen, kommt in ganz besonderem Maße auch das Krankengeld zugute, wenn sie vorübergehend nicht in der Lage sind, ihrer Arbeit nachzugehen. Die Krankenkassen, auf deren Verwaltung die organisierten Arbeitnehmer maßgebenden Einfluß haben (Ausschuß und Vorstand werden zu 2/3 von den Arbeitnehmern gewählt). Die Vorschlagslisten werden in der Regel von den Gewerkschaften aufgestellt, nehmen sich noch über die gesetzmäßigen Leistungen hinaus in besonderer Weise ihrer jüngsten Mitglieder an, indem sie vorzugsweise schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene und darum besondere krankheitsbedrohte Jugendliche in ihre Kur- und Genesungsheime entsenden.

Werden die Krankenkassen zu diesen Mehrleistungen auch in Zukunft noch in der Lage sein, ja werden sie ihre gesundheitsfürsorgliche Arbeit noch weiter ausbauen können? Diese Frage drängt sich auf, wenn wir in der bürgerlichen Presse die immer wiederholten Angriffe auf die Sozialversicherung lesen, wenn wir erfahren, daß gerade die Mittel für die vorbeugende Gesundheitsfürsorge im Reichsetat gekürzt worden sind, wenn wir den neuen Vorstoß der Arbeitgeberverbände beobachten, die kürzlich eine Denkschrift über die Reform der Krankenversicherung veröffentlicht haben, wobei für sie natürlich „Reform“ gleichbedeutend mit Abbau der Leistungen ist. Ob sie ihre Pläne durchsetzen oder ob es gelingt, die sozialpolitischen Errungenschaften zu erhalten, liegt an den Arbeitnehmern und nicht zuletzt an der Jugend, die neu in ihre Reihen eintritt. Wenn diese Jugend sich der Bedeutung der Sozialversicherung bewußt ist, wenn sie auch bereit ist, als Mitglied ihrer Krankenkasse auf eine unnütze Inanspruchnahme zu verzichten und durch gesundheitsgemäßes Leben sich nach Möglichkeit vor Krankheit zu schützen, damit ihr bei ersten Krankheitsfällen weitgehende Hilfe zur Verfügung gestellt werden kann, wenn sie ferner sich Klassenbewußt in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft stellt, so wird sie das Ihrige beitragen können, den Ansturm der Reaktion aufzuhalten und den sozialen Fortschritt weiterzutreiben.

Die erwerbstätige Jugend

Die Arbeiterjugend hat heute einen schweren Stand. Der Beruf stellt hohe Anforderungen an ihre geistigen und körperlichen Kräfte, dazu kommt die drohende Gefahr einer langen Arbeitslosigkeit. Schätzungsweise stehen heute 80 Prozent aller Jugendlichen von 14 bis 21 Jahren im Erwerbsleben. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Zahl der arbeitenden Jugendlichen, die auf den eigenen Broterwerb angewiesen sind, um 15 Prozent gestiegen. Allein die Zahl der Erwerbstätigen von 14 bis 16 Jahren vermehrte sich von 3,2 Millionen im Jahre 1907 auf 3,8 Millionen im Jahre 1925. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der durch den Krieg entstandene Geburtenausfall naturgemäß vermindert auf die Zahl der Jugendlichen drückt. Bei dem jetzt wieder eingetretenen normalen Wachstums der Bevölkerung wird sich bei den Jugendlichen bald die stärkere Auswirkung zeigen. Die bei der Berufszählung von 1925 ermittelten Ergebnisse können jetzt schon als überholt angesehen werden. In Preußen sind bei einer neueren Erhebung rund 1,8 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren festgestellt worden. Davon waren 600 000 gewerbliche Lehrlinge, 380 000 in der Landwirtschaft tätig, 220 000 kaufmännische Lehrlinge und der Rest stand in keinem Lehrverhältnis. Man sieht daran, daß heute auch die Zahl der ungelerten Jugendlichen, in Preußen über 600 000, außerordentlich groß ist. Rechnet man noch die in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen dazu, so kommt man in Preußen auf etwa 1 Million Jugendliche, die in keinem Lehrverhältnis stehen.

Aus der gleichen preussischen Erhebung geht hervor, daß in einer ganzen Reihe von Erwerbszweigen, so in der Eisen- und Metallwarenherstellung, im Baugewerbe, im Bekleidungs- und Steinergewerbe, 80 bis 95 Prozent aller in diesen Gewerben beschäftigten Jugendlichen Lehrlinge sind. In der Papierindustrie 69 Prozent und in der gemischten Industrie und Textilindustrie 26,8 und 27,5 Prozent. Diese große Verschiedenheit des Anteils der Lehrlinge an der Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Gewerben prägt sich scharf in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen aus. Im übrigen zeigt sich aber gerade an diesen Zahlen, daß trotz des Fortschritts der Technik und der damit verbundenen stärkeren Einreichung von Maschinen und anderen technischen Hilfsmitteln im Produktionsprozeß das Handwerk nicht verdrängt wird, wie fälschlicherweise vielfach angenommen wird. Die Maschine bleibt schließlich doch immer nur Hilfsmittel.

Aber eins muß besonders hervorgehoben werden. In der Nachkriegszeit ist der Eintritt jugendlicher Mädchen in das Erwerbsleben bedeutend gestiegen. Die Zeiten scheinen endlich vorbei zu sein, daß die weibliche Jugend, wenigstens doch zu 50 Prozent, sich von dem Verdienen zurückgehalten hat. Bei den Mädchen aus dem Arbeiterstande hat es auch früher keine Schonung gegeben, heute kann aber auch der kleine Mittelstand sich ein paar arbeitslose Töchter im Hause nicht mehr leisten. So ist die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Alter von 14 bis 16 Jahren von 1,4 auf 1,6 Millionen von 1907 bis 1925 gestiegen. Er ergibt sich, daß die jugendlichen männlichen Erwerbstätigen von 1907 bis 1925 um 20 Prozent sich vermehrt haben, die weiblichen um 13,4 Prozent. Nach anderen Erhebungen, die bis 1927 reichen, soll die Zunahme der weiblichen Jugendlichen zurückgehen. Man folgert daraus, daß die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeitslosigkeit älterer Mädchen auf geregelte Beschäftigung Veranlassung ist, möglichst früh zu heiraten. Bemerkenswert ist auch, daß die Zunahme der weiblichen Jugendlichen hauptsächlich auf Angestellte entfällt, die sich von 79 000 im Jahre 1907 auf 216 000 im Jahre 1925 vermehrten, während die männlichen jugendlichen Angestellten nur von 241 000 auf 244 000 stiegen. Bei den Arbeitern, worunter die Statistik auch die Lehrlinge faßt, war es umgekehrt. Hier stiegen die männlichen Jugendlichen von 1,2 Millionen auf 1,5 Millionen, während die weiblichen Jugendlichen nur von 639 000 auf 667 000 zunahm. Es zeigt sich daran, daß die Berufe der Angestellten von den weiblichen Jugendlichen immer stärker besetzt werden, und daß die Arbeiterberufe die männlichen Jugendlichen von Jahr zu Jahr in stärkerem Umfang aufnehmen.

In einer Schrift „Die erwerbstätige Jugend“ hat Bernhard Mewes die Ergebnisse veröffentlicht, die seinerzeit bei der Ausstellung „Das junge Deutschland“ auf Fragebogen ermittelt wurden. Rund 200 000 Berufsschüler wurden befragt. Und das Ergebnis? Es sind die bekanntesten Klagen über die lange Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Urlaubsverweigerung u. m. Wertvoll sind die Feststellungen, daß 36 Prozent aller jugendlichen Erwerbstätigen

durch ihren Gesundheitszustand in ihrer Arbeitsfähigkeit erheblich beeinträchtigt sind und 10 Prozent an allgemeiner Schwäche litten. Weitere 5 Prozent waren arbeitsunfähig. Diese Lasten mühten die Jugendlichen, die Jugendfürsorge noch bedeutend auszubauen. Wenn Schaumburg-Lippe 1926 18 Pfennig und Württemberg sogar nur zwei Pfennig pro Kopf der Bevölkerung für die Jugendpflege ausgab, so ist das ein Beweis dafür, daß für die Jugendlichen sehr wenig getan wird. Die starke Beeinträchtigung der Jugendlichen in ihrer Arbeitsfähigkeit ist nicht nur auf eine vorübergehende schlechte Ernährung zurückzuführen, sondern hier wirken auch noch andere Gründe mit. Die seelischen Erschütterungen haben daran ebenfalls einen hohen Anteil. Zu dem kommt die Arbeitslosigkeit, von der auch die Jugendlichen nicht verschont bleiben. Die große Wohnungsnot, der Aufenthalt in dunklen Mietkasernen, das Zusammenwohnen mit Eltern und Geschwistern in engen, kalten, muffigen Räumen, die gereizte Stimmung durch gerüttelte Nerven — alles das hinterläßt keine gute Wirkung. Aber es hat keinen Sinn, zu klagen und zu jammern, davon wird nichts besser. Selbst muß man Hand anlegen und mithelfen, daß es besser wird.

Wort und Tat!

Höre nicht allein auf Worte.
Mancher spricht sehr gut;
Doch ob von der rechten Sorte
All sein Geist und Mut,
Spürst du nicht am Wort allein:
Wort oft groß — die Tat oft klein!

Zwischen Wörterschwul und Taten
Deht sich manche Kluft;
Mancher spricht von graden Pfaden
Und ist doch ein Schuft.
Vielfach ist ein feiger Wicht,
Wer von Kampf und Opfern spricht.

Und so mancher, der sehr höflich
Sich in Worten übt,
Sehr gerundet und vortrefflich
Sätze wiedergibt,
Ist, kommt's auf die Handlung an,
Oft ein schlimmer Grobian!

Darum achte auf die Handlung,
Nicht, wie einer spricht;
Die geschickte Satzabwandlung
Krönt das Werk noch nicht.
Nur wenn Wort und Tat sich decken,
Läßt sich das Vertrauen wecken!

Nur Vertrauen auf Vertrauen
Macht die Tat gesund!
Man kann nur ein Werk erbauen,
Wenn auf festem Grund
Wort und Tat im Gleichklang schwingen —
Dann nur kann die Tat gelingen! Taels.

Die Jugend soll sich tummeln!

Wer wo? Das wird die Frage von vielen sein, die zu Ostern die Schule verlassen. Wo können wir das Fortsetzen, was mit zu den Lieblingsstunden des Unterrichts zählte? Wer machte nicht von all den Müßeln und Jüngens ein frohes Gesicht, wenn es hieß, wir haben jetzt Turn- oder Spielstunde? Und wie schnell verging diese? Wenn dann die Schule aus war, ging's „heidi“ nach Hause, die Sachen abgelegt, hastig das Essen hinuntergeschlungen und raus zum Spiel. Das war alles eins. Wo nur ein freier Platz aufzutreiben war, ging's ans fröhliche Tummeln. Wieviel Unrecht wird aber hierbei getan? Unrecht den Eltern gegenüber, die nicht immer ruhigen Herzens an „ihren Stolz“ denken, in der Hoffnung, ihn bei eintretender Dunkelheit wiederzufinden. Und berechtigt ist diese Unruhe; schreiben doch täglich die Zeitungen über Unfälle von Kindern beim Spielen — größtenteils auf Fahrlässigkeit beruhend —, die oft zur Verkrüppelung führen, ja auch mit dem Tode enden. Sehr in Frage gestellt ist es auch, ob die „waderen Kämpfer der Straße“ bei ihren Spielen die öffentlichen Ordnungsvorschriften beachten. Wie oft muß der Parkwächter oder der Schutzmann wegen Nichtachtung dieser Vorschriften in Tätigkeit treten.

Diese Spielereien werden nicht nur von der Schuljugend gepflegt, auch die „reife Jugend“ ist zum großen Teil daran stark beteiligt. Ob dieser Zeitvertreib die Kleidung arg in Mitleidenhaft zieht oder nicht, danach wird nicht gefragt. Die Hauptsache ist die Freude an der Spielerei. Warum die Sorgen der Eltern und Erzieher um die Sicherheit und Kleidung der sich tummelnden Jugend? Es gibt genug Gelegenheit, die Spiel- und Tummelwettbewerbe der Jugend in geordneten und überwachten Bahnen abwickeln zu lassen. Viele Sport- und Turnvereine mit Spielplätzen, allen möglichen Geräten und Lehr- und Aufsichtspersonen warten auf diese Jugend. Die Vereine geben nicht nur die Möglichkeit, sie sportlich oder durch Wanderungen zu beschäftigen, sondern lassen ihr auch Vorträge belehrender Art zukommen.

Nun die Frage der Auswahl der Vereine. Es darf nicht gleich sein, welchem Verein der Jugendliche beiträgt. Es müßte Selbstverständlichkeit der Eltern sein, ihre Kinder nur in die Arbeiterturn- und Sportvereine zu schicken. In ihnen wird die Voraussetzung einer ordentlichen und gesunden Pflege der Leibesübungen in die Tat umgesetzt. Sie sind Gegner des arbeitslosen, sensationssüchtigen und Meistersimmels abgerichteten Sportbetriebes anderer Vereine, sie pflegen Leibesübungen auf volksportlicher Grundlage!



Beitritt und Gelöbnis

Wir stecken mit der gewerkschaftlichen Jugendbewegung noch in den Anfängen. In vielen Orten gibt es überhaupt noch keine gewerkschaftlichen Jugendgruppen, und wo sie bestehen, ringen wir noch um Inhalt. Denn Jugend will als Jugend behandelt sein. Sie will sich als Jugend erleben. Da genügt der Beruf und seine soziale Gestaltung allein nicht, um das Wesen junger Menschen zu befriedigen.

Jugend will Glauben und Begeisterung. Jugend will Ideale. Sie will Feiern. Und Symbole will sie, die diesen ihren Glauben an Ideale zum Ausdruck bringen.

Einmal war es nur das flammende Feuer der Sonnenwende, das der Jugend symbolisches Erlebnis war. Je mehr sich das Jugendbewegte dann mit dem Sozialen verband, um so mehr suchte sich die Jugend auch durch andere Feiern, die dem Zukunftsgedanken galten, zu befreien. Und der Wimpel ist mehr als ein kleines Stück Stoff. Und die Nadel, wie die gewerkschaftliche Jugend sie sich teilweise geschaffen, ist mehr als ein äußeres Abzeichen.

Der Sinn für Symbole ist eine Erscheinung des künstlerischen Wesens des Menschen, von dem niemand sich freimachen kann. Wir brauchen nur ein schwarz-rot-goldenes Banner zu heften, und auch der müdeste Alte wird von Stolz und von Freude erfüllt. So wirkt auch das Rot des Wimpels, der Fahne, ganz besonders auf zukunftsgebende Menschen, und ohne eine Pflege solcher Symbole und Erlebnisse wird gerade die Jugend nicht im Tiefsten erfasst.

Eine wunderbare Gelegenheit, dieses Feiern junger gewerkschaftlicher Menschen zu befriedigen und das Herz junger gewerkschaftlicher Menschen mit der aufsteigenden so nüchternen wirtschaftlichen Bewegung der Organisation zu binden, eine wunderbare Gelegenheit zu solcher symbolischen Feier ist der Eintritt junger Menschen in die gewerkschaftliche Jugendgruppe des Orts.

Es ist nicht jugendlich, da in der Proletarierwohnung am hölzernen Tische oder im dunstigen Raume des Wirtshauses nebenbei eben die Beitrittserklärung zu unterschreiben. Die Erklärung des Beitritts zu einer Kampfbewegung, die von solch historischer Bedeutung und für den einzelnen das stiftliche Rückgrat eines ganzen Lebens ist! Solch ein Ereignis gilt es, zum Erlebnis zu bringen. Und wenn die Erklärung als Formalität vielleicht auch in der Küche eines proletarischen Heimes geschah: wir haben Feiern nötig, die die Form befestigen und die Bedeutung der Tat zum starken Erlebnis machen.

Wiederholt ist es geschehen, daß proletarische Jugend auf größeren Zusammenkünften feierlich durch gemeinsames Sprechen ein Gelöbnis gab. Solch gemeinsames Gelöbnis in feierlicher Stunde hat eine ungeheure menschenzerstörerische und kämpferbildnerische Kraft. Es bindet den Organisationsgedanken mit dem Wesenskern des jugendlichen Menschen. Es erneuert das Gefühl des Stolzes und der solidarischen Macht bei den anderen. Es zieht auch Verbindungsäden zwischen Alten und Jungen und läßt alle glauben an den Sieg der Sache, für die da immer neue Jugend zu Kämpfern wächst.

Einen großen Rahmen setzt solche Kampfesfeier der Jugend nicht voraus, und darum kann auch der kleinere Ort sie haben. Nur eines verlangt sie: Glauben, Begeisterung und Kämpferwürde!

Ohne den Ausbau der gewerkschaftlichen Jugendbewegung in der Art solcher Erlebnisse zukunftsgebender Kraft werden viele wertvolle Menschen der gewerkschaftlichen Jugend fernbleiben. Unbereits bindet solche Jugendarbeit in der Bewegung das Jugendstrebende mit der Organisationsidee. Damit läßt sie das Jugendhafte auch beim Weiterwerden nicht verkrüppeln. Sie pflegt es und bildet es und erzieht so zu bleibendem Glauben und der Begeisterung, die für den sozialen Inhalt der kommenden Jahrzehnte nötig ist. Denn ohne Leidenschaft wird ja, so sagte Lassalle, in der Geschichte kein Stein von dem anderen gerückt. Und wir stehen mitten in großer Geschichte.

Dr. G. H.

Noch tausend Jahre kapitalistische Wirtschaft?

Der Siemenskonzern hat in Amerika eine Anleihe aufgenommen, die eine Laufzeit von tausend Jahren, also bis zum Jahre 2930 hat. Die lange Laufzeit soll angeblich auf börsentechnische Vorschriften der Vereinigten Staaten zurückzuführen sein. Doch soll uns das weniger interessieren. Jetzt halten ist die Tatsache, daß man in der großkapitalistischen Welt mit dem ewigen Bestande der kapitalistischen Wirtschaft rechnet. Es wird viel über die Zukunft der gegenwärtigen Wirtschaftsform geredet und geschrieben. Einer der besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft, Werner Sombart, spricht von einem Spätkapitalismus, der sich in seinen Grundzügen schon wesentlich gewandelt habe. Und während sich die Theoretiker über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft den Kopf zerbrechen, rechnen die Kommandeure des Wirtschaftslebens mit einem Bestande von tausend Jahren. Sehr große Widersprüche mithin, die zu klären unmöglich ist. Der Arbeiterschaft muß es immerhin zu denken geben, daß ihre Gegner noch lange nicht daran denken, von der Kommandobrücke herabzustiegen. Bekanntlich war nach dem Novembersturz sehr weitgehend die Meinung verbreitet, daß der Kapitalismus in seinen letzten Zügen liege. Eine vollständig verkehrte Anschauung, wie die Nachkriegsentwicklung bewiesen hat. Während man nämlich den Untergang des alten Europa deutlich zu spüren glaubte, lebte jenseits des Ozeans der Kapitalismus in neuer Form auf. Wir sollten jedenfalls gegenüber Prophezeiungen vom Untergang der gegenwärtigen Wirtschaftsform sehr vorsichtig sein. Der Kapitalismus hat sich als äußerst schmieglam und wandlungsfähig erwiesen. Noch ist der größte Teil der Erde nicht vollständig in den Zirkulationskreis der kapitalistischen Wirtschaft einbezogen. Noch harren ganze Völker und Erdteile des Aufschlusses. Ja selbst in Europa gibt es Länder, die als rein kapitalistisch orientierte Staaten nicht zu bezeichnen sind. Aus all diesen Gründen sind wir der Meinung, daß wir nicht darauf warten sollten, bis der noch sehr rüstige Kapitalismus sich zum Sterben niedergelegt. Ganz abgesehen davon, daß daran noch lange nicht gedacht werden kann, ist es Pflicht der gegenwärtigen lebenden Generation, sich in dieser Wirtschaftsform so gut als möglich einzurichten. Wir glauben, daß auch unter der gegenwärtigen Wirtschaftsweise ein besseres Leben für breite Schichten der Bevölkerung möglich ist. Ein solcher Zustand fällt nicht als Geschenk vom Himmel, sondern muß von den arbeitenden Schichten durch organisatorisches Vorwärtstreiben erobert werden. Der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus wird sich in Zwischenetappen vollziehen. Die Schicht der Schaffenden wird ein Gebiet der Wirtschaftsführung nach dem anderen zu erobern haben. Möge der reine Kapitalismus noch eine längere oder kürzere Lebensdauer haben, in der Gegenwart gilt es, alle Positionen auszunutzen, um ein menschenwürdiges Los für alle herbeizuführen. Die Organisation der Jugend ist eine solche auszunutzen Position, deshalb heran an den Nachwuchs in der Steinindustrie und im Straßenbau.